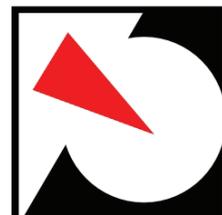


Texte zum Realsozialismus

- 01 **Rot = Massentod?**
Zur Debatte um das Schwarzbuch des
Kommunismus
- 11 **Der historische Materialismus**
- eine antirevolutionäre Revolutionstheorie
- 19 **Ungerecht verteilt**
- über die schlechte Kapitalismuskritik der
Realsozialisten



V.i.S.d.P:
Hannah Holz
Eldenastr. 15
10247 Berlin

Rot = Massentod?

Zur Debatte um das Schwarzbuch des Kommunismus

Schon bevor es erschienen war, hat es Furore gemacht: Das Schwarzbuch des Kommunismus. In Frankreich ist so ein Buch natürlich ein anderer Schnack: Dort sitzen die Kommunisten in der Regierung und waren immer anerkannter Teil der Nation. Dort gab es eine kommunistisch-sozialistische Gegenkultur, die in Deutschland mit dem Machtantritt der Nazis beseitigt wurde. Und natürlich geht es auch um die Resistance, den französischen Widerstand, auf den sich die Französische Republik beruft und zu dem auch Kommunisten gehört haben. In Deutschland geht es deshalb auch um etwas anderes: Zum einen soll noch einmal die DDR als böse, böse, böse dargestellt werden, Honecker=Stalin=Pol-Pot. Zum anderen geht es um die Zulässigkeit marxistischer Gesellschaftskritik überhaupt. Der Hinweis auf das Interesse von Herausgeber und Diskutanten ist aber noch keine Widerlegung der Argumente des Buchs. Denn auch ein politischer Gegner kann mit schlechtester Absicht ja trotzdem etwas Richtiges sagen. Um den Schluß zu verraten: Dies ist hier nicht der Fall.

In dem Buch steht nichts Neues. Wie meistens, wenn mit Geschichte Politik gemacht werden soll, wissen die Historiker gar nicht so recht, was die Aufregung soll: Alles längst bekannt. Der Gestus des Buchs, hier würde mit einem langgehegten Tabu gebrochen, ist eine so offensichtliche und dumme Lüge, daß sich vielmehr die Gegenfrage aufdrängt: Was soll das?

Gedenkt Wenn ihr von unseren Schwächen spricht Auch der finsternen Zeit Der ihr entronnen seid (Brecht: An die Nachgeborenen)

Nun ist es ein bißchen billig, vom sicheren Lehrstuhl in Paris aus ca. 70 Jahre später den russischen und chinesischen Revolutionären vorzuwerfen, Gewalt angewandt zu haben. Das

haben sie, das mußten sie auch, und wer sich die Geschichte der bürgerlichen Revolutionen in England 1648, in Frankreich 1789 und in den USA 1777 ansieht, kann erkennen, daß es sich um ziemliche Gemetzel gehandelt hat, wie die Geschichte der Durchsetzung des Kapitalismus überhaupt mit Blut geschrieben ist. Die Verhältnisse im zaristischen Rußland und dem vorrevolutionären China waren schrecklich: Unglaubliches Elend, Hungersnöte (mit mehreren Millionen Toten), brutaler Terror — eben durchaus dem Teil der freien Welt ähnlich, der so schön „Dritte Welt“ heißt und jeden Tag über 100.000 Hungertote produziert. Gegen solche Verhältnisse und ihre Repräsentanten und Macher gewalttätig vorgegangen zu sein, kann kein Vorwurf sein.

Ein toter Mensch ist ein toter Mensch. Wer vor Hunger verreckt, dem kann es egal sein, warum: Ob der Jang-Tse wie die letzten tausend Jahre über die Ufer getreten ist und die Ernte deswegen verfault, ob der Warlord oder die japanischen Besatzer die gesamte Ernte beschlagnahmen, ob auf dem Weltmarkt der US-Weizen so billig ist, daß der angebaute Reis schlichtweg unverkäuflich ist, oder ob der Bauer sein Küchengerät einschmelzen mußte, um die Stahlquote des Dorfs zu erfüllen und deswegen viele Felder unbestellt blieben, weswegen die Volkskommune nun unter Führung der Partei verreckt — tot ist tot.

Mit der Übernahme der Macht durch die Kommunisten sind die bisherigen Gründe für massenhaftes, vorzeitiges Verrecken zumindest in der Sowjetunion und in China entfallen. Schon der Kapitalismus überwindet die Naturschranken der Produktion: Wenn Leute nach einer Dürre oder Überflutung des Hungers sterben, so liegt das keineswegs mehr daran, daß es nichts zu beißen gäbe, sondern daß die Leute es nicht kaufen können. Nichts anderes kann die Aufgabe einer sozialistischen Gesellschaft sein: Schluß damit zu machen, daß das Überleben der Produzenten z.B. von Börsenkursen abhängig ist oder daran scheitert, daß sie über kein Geld verfügen.

Daß das nicht passiert ist, sondern daß Leute, die sich Kommunisten genannt haben, nicht nur kalkuliert Millionen haben

verrecken lassen — das ist der Großteil der ‘Opfer des Kommunismus’ — sondern auch Hunderttausende in Lagern sich totarbeiten oder gleich erschießen haben lassen, das wirft Fragen auf. Und daß massenhafte widerliche Foltermethoden angewandt wurden in Ländern, die sich sozialistisch nannten — und eben nicht nur in den Militärdiktaturen Südamerikas, in Nazi-Deutschland oder durch den japanischen Militär-Faschismus 1932-1945 — das ist schon heftig. Und das läßt sich auch weder durch die schrecklichen Verhältnisse vorher, noch durch die massenhaften Greuelthaten in der kapitalistischen Welt rechtfertigen: Wer eine Gesellschaft schaffen will, in der die freie Entwicklung eines jeden Voraussetzung und Bedingung der freien Entwicklung aller ist, muß sich an diesem Ziel messen lassen. Aber das ist etwas komplett anderes als mit den Leichenbergen des Staatssozialismus die des Kapitalismus oder gar der NS-Herrschaft rechtfertigen zu wollen.

Falsch ist allerdings das Argument der KritikerInnen, die Autoren des Schwarzbuchs würden nur über die Leichen des Staatssozialismus reden. Zum einen ist es immer doof, jemandem, der von etwas Bestimmtem redet, vorzuwerfen, von anderen Dingen nicht zu reden. Das ist immer wahr, aber uferlos — darum ist mit schöner Regelmäßigkeit auch die Antwort die, mensch wolle wohl nicht über die Opfer des Staatssozialismus sprechen. Gleichzeitig läßt sich nun mal nicht über alles Schreckliche reden — denn davon gibt es schlichtweg so viel, daß es auch ein bezeichnendes Licht auf die schöne moderne Welt wirft. Zudem: Wer etwas über die Opfer von Stalinismus, Maoismus, den Roten Khmer etc. herausfinden will, der muß nun einmal darüber sprechen und nicht über irgend etwas anderes.

Der Punkt aber ist: Das Schwarzbuch redet gar nicht nur über die Leichenberge der einen Seite. Es macht ja selbst den Vergleich zum Faschismus und zum Rechtsstaat. Und dann ist die Frage nach dem Schwarzbuch des Kapitalismus, der Demokratie, dem Faschismus, der Nationalstaatlichkeit oder den antikommunistischen Folterregimes in der Tat ziemlich zulässig. Das Schwarzbuch will gerade über die Anzahl der Opfer den

Beweis der Verdammungswürdigkeit des Kommunismus und der Überlegenheit der bürgerlichen Demokratie führen und zugleich den Hinweis auf die faschistischen Formen des Kapitalismus abweisen. Es will der Linken das Gefühl der moralischen Überlegenheit nehmen.

Vergleich, Gleichsetzung — oder Analyse?

Und dieses Anliegen kommt dabei jeder ernsthaften historischen Auseinandersetzung in die Quere. Wäre es den Autoren ernsthaft darum gegangen herauszufinden, warum so viele Menschen im Namen des Sozialismus sterben mußten, so hätten sie sich folgende Fragen stellen müssen: Was war das Programm der Täter? Was waren die Umstände der Tat? Was ihre Gründe? Das wäre aber das Gegenteil eines Vergleichs. Es wäre eine Untersuchung. Ein Vergleich von zwei Sachen geht immer nur, wenn mensch die Sachen kennt, die da verglichen werden. Vergleichen läßt sich prinzipiell alles und jedes: Der Vergleich von Atombombe und Erbsensuppe z.B. würde sehr viel Unterschiede und ziemlich wenig Gemeinsamkeiten zu Tage bringen. Alle Eigenschaften von Atombombe und Erbsensuppe lassen sich nicht durch den Vergleich, sondern durch die Untersuchung von Atombombe bzw. Erbsensuppe herausfinden. Sinnvoll ist ein Vergleich, um das Besondere oder Allgemeine einer Sache zu verdeutlichen, indem mensch zeigt, daß eben andere Sachen in der Frage genauso oder ganz anders sind. Nun ist es so, daß die Begriffe „Kommunismus“ und „Faschismus“ immerhin der gleichen Sphäre entstammen, also vielleicht etwas mehr Gemeinsamkeiten haben als Erbsensuppe und Atombombe.

Ein Vergleich ist im Regelfall keine Gleichsetzung, denn er wird zwischen zwei unterschiedlichen Sachen gemacht. Sonst hat er wenig Sinn. Die AnhängerInnen des Schwarzbuchs tun so, also ob sie durch den Vergleich von Kommunismus und Faschismus herausgefunden hätten, daß beide ziemlich das Gleiche seien: Totalitarismus. Neu ist diese Behauptung nicht, von 1947 bis 1968 war das sogar die allgemeine Sichtweise in der westlichen Welt.

Nun kann mensch ja, wenn mensch nach gründlicher Untersuchung von zwei Sachen einen Vergleich zwischen beiden Dingen macht, einen gemeinsamen Oberbegriff vorschlagen. Ob ein gemeinsamer Oberbegriff sinnvoll ist, muß dann inhaltlich diskutiert werden.

Und da sind beim Begriff „Totalitarismus“ allerhand Zweifel angesagt: Wir wissen nichts über die Programme der NSDAP, der italienischen Faschisten, der spanischen Falange, der KPdSU oder der Partei der Arbeit Albaniens, wenn wir sie als totalitär bezeichnen. Im Gegenteil: Alle Unterschiede sind durchgestrichen, es wird eine Identität behauptet, von der die Unterschiede nur Varianten sein sollen. Aber was soll diese Identität sein?

Totalitarismus ist nur negativ definierbar: Er ist nicht die westliche Demokratie mit ihren Wahlen, ihrem Rechtsstaat und all den vom Staat gewährten Freiheiten. Und das ist fast so, als ob mensch Atombombe und Erbsensuppe durch die Abwesenheit von Broccoli-Röschen, Spargelspitzen und roter Farbe definieren würde. Die Versuche, Totalitarismus positiv zu definieren, landen in schlechter Abstraktion: Herrschaft einer Partei (was für einer?), die ihr Programm verbindlich macht (worin bestand es?), und dabei massenhaft Leute ermordet (warum? wen? wie?).

Schlechte Abstraktion: Opfer des — Kommunismus?

Aber nicht erst der Begriff Totalitarismus ist kritikabel. Nicht erst der Versuch, nationalsozialistische, faschistische, stalinistische und maoistische Herrschaft unter einen Begriff zu fassen, verfällt der Kritik: Gibt es eigentlich einen gemeinsamen Grund für den Mord an sowjetischen Parteikadern, dem Verhungern chinesischer Bauern und dem Massenmord an allen möglichen Menschen, die die Roten Khmer als Hindernis für ihre bessere Gesellschaft ausgemacht haben? Das allein würde es rechtfertigen, sie — und, sagen wir, die Toten des äthiopischen Bürgerkriegs und die vielen anderen, die im Schwarzbuchs erwähnt sind — unter ‘Opfer des Kommunismus’ zu subsumieren.

Um Trauer kann es, im Ernst, kaum gehen bei den vielen

Tausenden von Menschen, die die LeserInnen persönlich auch nicht kennen. Und der Schrecken über die Toten bleibt dann ja eine etwas seltsame Sache, wenn er nicht die Absicht hervorbringt, etwas gegen eine mögliche Wiederholung zu tun — und das erfordert Wissen über die Sache, die sich nicht wiederholen soll. Den toten Menschen kann es völlig gleichgültig sein. Die sind tot und können sich von Trauer und Betroffenheit von Menschen, die in anderen Zeiten unter anderen Umständen in anderen Weltteilen leben, auch nichts kaufen.

Untersuchen wir also drei Punkte, an denen besonders viele Menschen gestorben sind: die sowjetische Industrialisierung in den 30er Jahren, der „Große Sprung nach vorn“ in China 1958-61 und der Massenmord in Kambodscha 1975-1979.

Die Sowjetunion war nach der Revolution 1917 und dem Bürgerkrieg 1919-1924, in dem westliche Staaten sich auf Seiten der Feinde der Sowjetmacht einschalteten, ein zerstörtes Land. Die Industrieproduktion lag danieder, die Landwirtschaft war in den Händen von Groß- und Mittelbauern, die wenig Neigung zeigten, für wertloses Papiergeld ihre Ernten abzuliefern. Geplant war die russische Revolution sowieso nur als Auftakt zur Weltrevolution, die ja bekanntlich nicht stattfand. Als Stalin seine Doktrin vom „Sozialismus in einem Land“ vortrug, meinte er damit nicht, nunmehr eine Planwirtschaft in dem Sinne zu errichten, daß der gesellschaftliche Bedarf ermittelt werden sollte, um dann den Betrieben mitzuteilen, was so gebraucht wird, um dann zu kucken, wie das mit den vorhandenen Mitteln am Besten zu machen sei. Die Betriebe wurden darauf verpflichtet, aus der zugewiesenen Rubelmenge Gewinn zu machen und das war unter den gegebenen Verhältnissen nur auf Kosten der ArbeiterInnen möglich. So sah denn die sowjetische Arbeitsgesetzgebung aus und die radikalste Form war, in den sowjetischen Arbeitslagern den Tod der Arbeitskräfte in Kauf zu nehmen, so daß trotz bewußter Anwendung des Wertgesetzes eine „ursprüngliche sozialistische Akkumulation“ ins Werk gesetzt werden konnte. Notwendig war der Aufbau der Schwerindustrie— mit allem, was dazu nötig war: Verkehrswege, Kraftwerke, Erschließung von Kohle- und

Eisenlagern — schon, um die Sowjetunion kriegsfähig zu machen. Bekanntlich war 1933 in Deutschland eine Bewegung mit einem wenig sowjetfreundlichen Programm an die Macht gekommen.

Die Parteisäuberungen der KPdSU dienten nicht nur der Ausschaltung der Opposition — die grandiosen Fehlschläge der Planung mit Geld konnten nach der Parteilogik gar nichts anderes als ein Hinweis auf Verrat und Sabotage sein. Denn alles, was die KPdSU sich vornahm, verkaufte sie gleichzeitig als Vollstreckung historischer Notwendigkeiten, so daß Fehlschläge eben nur auf bösen Willen zurückzuführen waren.

In China hatte die KP nach langen Jahren des Bürgerkriegs gegen die Guomindang und dem gemeinsamen Krieg gegen die japanischen Faschisten die Macht übernommen. Von Anfang an eher nationalistisch als marxistisch, wollte sie aus dem rückständigen Bauernland einen modernen sozialistischen Industriestaat, am besten mit eigener Atombombe, machen. Den Führungsanspruch der KPdSU stellt die KPCh seit Mitte der 50er Jahre in Frage, und wollte 1958 mit dem Großen Sprung nach vorn unmittelbar den Kommunismus aufbauen: „Drei Jahre Leiden für 1000 Jahre Glück“. Ein Sabotageversuch hätte kaum wirksamer sein können. Eine vernünftige Planung fand schon deswegen nicht statt, weil den Volksmassen nichts unmöglich sei. Dieser Irrsinn erklärt sich daraus, daß der KP, seit es sie gab, permanent ihre Unmöglichkeit entgegengehalten wurde. Niemand hätte 1919, als die Partei gegründet wurde, geglaubt, daß sie 30 Jahre später die VR China ausrufen würden. Die KP hatte das Massaker an ihrer Basis 1928, den Langen Marsch durch China und Stalins Bündnispolitik überlebt — was sollte ihr unmöglich sein? Hunderttausende starben des Hungers, die Wirtschaft und das öffentliche Leben brachen zusammen, China war danach nur noch mit Albanien verbündet. Der ganze Irrsinn endete mit der Entmachtung Mao Zedongs, um dann 1968 als „Große proletarische Kulturrevolution“ seine zweite Aufführung zu feiern.

Als die Roten Khmer 1975 in Kambodscha die Regierung stürzten, wollten sie von vorne anfangen: Die Stadt Phnom Penh galt ihnen als verderbt und dekadent und bevor an den Aufbau

einer Industrieproduktion zu denken sei, müsse die Gesellschaft gesäubert und eine neue landwirtschaftliche Basis geschaffen werden. Die Ermordung aller „unzuverlässigen Elemente“, und dazu gehörten StädterInnen, Intellektuelle und Angehörige der vietnamesischen Minderheit, war in diesem bescheuerten Programm ebenso vorgesehen wie die massenhafte Vertreibung auf das Land, wo wiederum viele Leute an Hunger starben. Beendet wurde der Spuk erst, als das moskauorientierte Vietnam einmarschierte. Das führte übrigens dazu, daß sowohl der freie Westen als auch die heutigen Machthaber Kambodschas sich mit den Roten Khmer verbündeten.

Was haben diese drei Fälle gemeinsam? Nichts. Zwar haben sich Stalinisten, Maoisten und Rote Khmer jeweils „Kommunisten“ genannt — aber sie haben völlig Unterschiedliches darunter verstanden. Daß jeweils eine ganze Menge Menschen gestorben sind, hat vollkommen unterschiedliche Gründe. Terror — und darunter fällt auch die bewußte Inkaufnahme einer Hungersnot durch die Sowjetmacht Anfang der 30er Jahre — ist eben nie ein Zweck, sondern ein Mittel. Die Anwendung dieses Mittels muß aus dem Zweck, der damit verfolgt wird, erklärt werden. Wer aber glaubt, Terror sei eben immer fällig, wenn versucht wird, die Gesellschaft zu verändern — und das ist die Forschungshypothese der Autoren — ist eben blind für die Zwecke und kann darum auch nichts erklären.

Das post-totalitäre Ticket — die liberale Form der Anti-Antifa

Warum, so wird nach dem Erscheinen des Buchs oft gefragt, hat die Linke immer auf Auschwitz gestarrt, anstatt die Verbrechen der Linken zu sehen? Wäre die Frage ernst gemeint, wäre die Antwort leicht: Der nette weißhaarige Herr, der einem in der Straßenbahn gegenüber sitzt, ist nun mal mit ca. 1000-mal größerer Wahrscheinlichkeit ein SS-Einsatzgruppenleiter gewesen als ein Parteikommissar in Kambodscha. Diese Leute haben dieses Land aufgebaut und wir leben darin, insoweit müssen wir uns eben damit herumschlagen.

Aber es geht natürlich um etwas anderes: Die Anzahl der Opfer — bei deren Berechnung verfährt der Herausgeber zum Ärger seiner Mit-Autoren ziemlich großzügig — soll zeigen, daß Auschwitz in Zukunft kein Argument mehr für Kapitalismuskritik sein kann. Horkheimer hat einmal gesagt, daß wer vom Kapitalismus nicht reden will, auch vom Faschismus schweigen solle. Vom „Kapitalismus“ wollen Ex-Linke und Neu-Rechte schon länger nicht mehr reden, der heißt mittlerweile ‘Zivilgesellschaft’. Darum soll in Zukunft auch vom Faschismus geschwiegen werden. Oder doch zumindest nicht mehr geredet werden dürfen ohne den Hinweis, daß die bislang einzig existente Alternative zum Kapitalismus eben genauso böse oder sogar noch schlimmer war.

Getroffen wird damit eine Linke, die vom Faschismus nichts weiß, außer, daß viele Leute ermordet wurden. Aber nicht, daß sechs Millionen Menschen ermordet wurden, ist das Singuläre an Auschwitz, sondern daß eine Gruppe von Menschen als übermächtiger, von der Natur aus böser Feind halluziniert wurde, deren vollständige Vernichtung für die arische Rasse die einzige Überlebenschance gewesen wäre. Darum hatten die Nazis auch tatsächlich vor, alle Juden dieser Welt umzubringen — und das erklärt auch den Unterschied zwischen staatssozialistischen Arbeits- und nationalsozialistischen Vernichtungslagern. Und auch die Zwangsarbeit im Faschismus hatte nun einmal andere Gründe als im Realsozialismus, wie ja auch Formen und Gründe des Wirtschaftens ziemlich unterschiedlich waren.

Seit 1989 haben viele Linke sich etwas mehr mit der gesellschaftlichen Realität beschäftigt. Seit dem schwarz-rot-goldenen Fahnentaukel wissen sie auch, daß sie nicht im Namen der Volksmassen sprechen und die Geschichte nicht automatisch auf ihrer Seite ist. Das hat auch zu einer Neubewertung des Faschismus als letzter und brutalster Konsequenz des alltäglichen Nationalismus geführt, weswegen konsequenter Antifaschismus nun mal bei der gesellschaftlichen Grundlage des Faschismus anfangen muß: eben mit dem nationalstaatlich verfaßten Kapitalismus. Genau eine solche Konsequenz aus dem offiziellen

Antifaschismus ist nicht erwünscht. Wer die bürgerliche Demokratie und den kapitalistischen Nationalstaat kritisiert, der soll in Zukunft mit dem Hinweis auf die „Opfer des Kommunismus“ mundtot gemacht werden. Mensch weiß ja jetzt, wohin das führt...

Deswegen werden all jene, die früher mal Linke waren und nunmehr die bürgerliche Demokratie hochleben lassen, auch ziemlich fünsch, wenn jemand ihre Absage an linke Gesellschaftskritik in Frage stellt. Da endet dann plötzlich die Toleranz — „keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ — und die „offene Gesellschaft“ geht ziemlich geschlossen gegen ihre Gegner vor. Gegen ihre linken Gegner — aber das ist wirklich nichts Neues.

Der historische Materialismus –

eine antirevolutionäre Revolutionstheorie

Der historische Materialismus ist ein wesentlicher Grundzug marxistisch-leninistischer Vorstellungen. Die Kritik desselben erhellt manche Ekligkeit der realsozialistischen Praxis und ist daher Bestandteil der Antwort auf die Frage, wie der Kommunismus so auf den Hund kommen konnte.

1. Der Marxismus-Leninismus (ML) kritisiert die Ausbeutung der Arbeiterklasse im Kapitalismus. Während diese im Kapitalismus den fremden Reichtum mehrt, sollen im Sozialismus die Interessen der Arbeiter zum Zuge kommen. Auf dieses Interesse setzt der Marxismus-Leninismus, wenn er die Arbeiterklasse als wesentlichen Träger der Revolution vorsieht. In dieser Überlegung ist das Urteil enthalten: Der Mensch macht die Geschichte.

Zugleich enthält der ML eine diesem Urteil völlig entgegengesetzte Überlegung: Die Interessen der Menschen sind bestimmt durch die Produktionsverhältnisse, welche letztendlich wiederum durch die Produktivkräfte bestimmt seien:¹ Der Mensch macht nicht Geschichte, sondern wird durch die (ökonomische) Geschichte bestimmt.

Kritik 1: Marx kannte nur eine Produktivkraft und zwar die Produktivkraft der Arbeit. Diese ist bestimmt über Gebrauchswetherstellung pro Zeit, welche mittels von Werkzeugen, Wissen über die Natur, z.B. in Falle von Düngung von Boden gesteigert werden kann. Aber Werkzeuge oder Wissen

¹ Während die Produktivkräfte im Marxismus-Leninismus alle Faktoren umfassen, die beim Einwirken des Menschen auf die Natur eine Rolle spielen, sind die Produktionsverhältnisse unterschieden bzw. bestimmt durch die Art und Weise, wie die Menschen sich bei der Produktion und der Verteilung des Produkts aufeinander beziehen. Davon grenzt der ML nochmal die Produktionsweise ab, welche die Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnisse sein soll.

sind Mittel des Menschen bei der Arbeit, er wendet sie an. Wie sollen dann diese Werkzeuge dem Menschen den geschichtlichen Weg vorgeben?

Kritik 2: Der ML knüpft bei Marx und Engels an zwei richtige Inhalte an, verwandelt diese aber in völlig andere Inhalte. Einmal hat Marx herausgestellt, dass es in der kapitalistischen Gesellschaft ökonomische Gesetzmäßigkeiten gibt, denen sich die Menschen unterordnen müssen und sie haben nicht einmal ein Wissen darum, was sie tun. Damit hat er aber etwas Charakteristisches über diese Gesellschaft ausgesagt, nicht aber über alle Gesellschaften überhaupt.

Zum zweiten hat sowohl er als auch Engels gesagt (letzterer auch explizit), dass die Freiheit des Menschen nicht in der Ignoranz gegenüber den Naturgesetzen besteht, sondern darin, diese zu verstehen und für sich nutzbar zu machen. Nicht im Ignorieren der Gesetze besteht die Freiheit gegenüber der Natur, sondern in der Einsicht in die Notwendigkeit. Letzteren Gedanken transponiert der ML auf die Gesellschaft. Er meint, dass auch hier Gesetzmäßigkeiten bestünden und die Freiheit sei darin zu finden, diese einzusehen und sie in der Unterordnung unter diese für sich nutzbar zu machen.

Der Unsinn: In der Gesellschaft hat der Mensch es mit seinesgleichen zu tun und nicht mit Natur.²

Der ML betont immer wieder, dass es keinen Determinismus gäbe, weil der Mensch die Geschichte macht. Gleichzeitig sagt er, dass der Mensch geschichtlichen Gesetzen untergeordnet ist. Dieser Widerspruch wird allerdings immer wieder in Richtung Determinismus aufgelöst.³

² Sicher, auch bei Marx und Engels sind Passagen zu finden, die eine Gesetzmäßigkeit hin zum Kommunismus behaupten. Die sind ebenfalls falsch.

³ Die Argumente dafür sind wiederum haltlos: So sei die Gesellschaft „unübersichtlich“ und „kompliziert“, so dass „letztendlich“ die „Bewegung“ der Gesellschaft sich durch die Menschen hindurch geltend mache und nicht der Mensch über die Gestaltung der Gesellschaft bestimme. Blöd ist auch das Argument, dass der Mensch ja immer mit

2. Im Historischen Materialismus konstruiert sich der ML eine Geschichtsteleologie (= ein Verlauf, der auf ein bestimmtes Ziel hinausläuft; telos=Ziel). Die Produktivkräfte bringen bestimmte Produktionsverhältnisse hervor. Diese wiederum begünstigen oder beschränken wiederum die Entwicklung der Produktivkräfte, so dass die Produktivkräfte dafür sorgen, dass die Menschen Interessen entwickeln, welche zu einer Umwälzung der Gesellschaft führen. So begründet sich für den ML der Treppenlauf der Menschheitsgeschichte von der Sklavenhaltergesellschaft zum Feudalismus, zum Kapitalismus, zum Sozialismus und schließlich zum Kommunismus.

Kritik: Dies ist „wissenschaftlicher“ Optimismus und Opportunismus. Der eigene Erfolg ist quasi unabhängig von den Gedanken und Anstrengungen der Einzelnen geschichtlich verbürgt.⁴ Der Widerspruch des Optimismus ist immer der, dass er nur dort notwendig ist, wo der eigene Erfolg gerade nicht verbürgt ist. Wer kennt nicht den Ton-Steine-Scherben-Song „Wo die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten“?

Der Opportunismus besteht darin, dass man damit Werbung macht, dass das eigene Projekt unausweichlich gewinnen wird und man damit auf der Seite der Sieger stehe. Nicht der Kapitalismus mit seinen schädlichen Folgen für viele Menschen ist das beste Argument gegen ihn, sondern seine untergehende Tendenz. Ein Nebeneffekt dieser Anschauung zeigte sich beim Untergang des Realsozialismus und die daraus gezogene Konsequenz vieler MLer, ihre Parteien scharenweise zu verlassen: Ist die Geschichte nicht doch eher mit dem Kapitalismus?

gegebenen Sachen umgehen müsse. So als wenn man erst einmal Gott sein müsste, um überhaupt irgendwas planvoll und bewusst anstellen zu können.

⁴ Ein DDR-Philosoph nennt den Histomat auch unumwunden so und findet das gut: „Optimismus auf philosophisch-wissenschaftlicher Grundlage.“ Frank Rupprecht, *Realer Optimismus. Kraftquell im Kampf um Frieden und Fortschritt*. Berlin 1983, S. 68.

3. Eine weitere antirevolutionäre, antiaufklärerische und eklige Konsequenz liegt in dieser Geschichtsauffassung:

Der marxistisch-leninistische Geschichtsphilosoph ist immer auf der Suche nach untergehenden Tendenzen im Kapitalismus. So werden Krisen und Kriege nicht als das bestimmt, was sie sind: nämlich Resultate des funktionierenden Kapitalismus, in denen die Massen nochmal extra schlecht dran sind – sondern sie werden genommen als Ausdruck dessen, dass der Kapitalismus aus dem letzten Loch pfeift. Jeder Schlächterei wird so aber auch etwas Positives abgewonnen, sie sind dann Vorboten des Kommunismus und daher in „letzter Instanz fortschrittlich“.

Im Übrigen ist diese Konsequenz als Versatzstück bei den Antideutschen erhalten geblieben, wenn sie ihre Urteile über die aktuellen Kriege des Westens von der Frage abhängig machen, ob die Herrschaft durch Saddam oder aber durch die USA eine bessere Vorbedingung für eine befreite Gesellschaft sei. Die Ähnlichkeit mit der Befürwortung der Kolonialkriege durch die damalige Sozialdemokratie in Deutschland hat seinen Grund in der gleichen falschen Geschichtsteleologie.

4. Die Arbeiterklasse steht deshalb nicht alleine im Zentrum des ML, weil diese gute Gründe hätte, sich den Kapitalismus vom Hals zu schaffen, sondern weil sie der Träger einer historischen Mission sei: „Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen aufzuheben, den Krieg aus dem Leben der Völker zu verbannen und die klassenlose kommunistische Gesellschaft zu errichten. Das ist ihr geschichtlicher Auftrag. Darin besteht ihre welthistorische Mission.“⁵

Darin ist jetzt ein widersprüchliches Interesse an der Arbeiterklasse formuliert: Einerseits ist die Arbeiterklasse der Träger des historischen Fortschritts quasi von gesellschaftlicher Natur aus. Andererseits, wenn das sowieso so ist, warum hat sie dann einen Auftrag und wer gibt ihnen den?

⁵ Zentralrat der FDJ (Hg.), Fragen und Antworten zum Programm der SED. Berlin 1982, S. 22.

Brecht kritisierte diesen Gedanken durch seine Figur „Kalle“ in den Flüchtlingsgesprächen so: „Gegen die Mission bin ich immer gewesen, sozusagen instinktiv. Es klingt schmeichelhaft, aber den Schmeichlern mißtrau ich immer, Sie nicht? (...) Sie denken sich einen Idealstaat aus und wir sollen ihn schaffen. Wir sind die Ausführenden, Sie bleiben die Führenden, wie? Wir sollen die Menschheit retten, aber wer ist das?“⁶

5. Die geschichtsoptimistischen Überlegungen waren Anfang des 20. Jahrhunderts bei allen sich marxistisch nennenden Strömungen verbreitet, von der Sozialdemokratie bis zu den Kommunisten. Damit wurden allerdings auch die verschiedenen politischen Wege begründet bzw. gerechtfertigt. So haben gerade die Rechten in der SPD, die später die erste Weimarer Regierung gestellt haben und die linken Sozialisten und Kommunisten haben zusammenschießen lassen, aus dieser Geschichtsphilosophie folgenden Schluss gezogen: Wenn der Sozialismus eh automatisch kommt, dann können wir doch bis dahin Reformen innerhalb des Kapitalismus machen. Rosa Luxemburg hat z.B. dagegen folgende relativ sympathische, aber eben doch falsche Überlegung angestellt: Der Kapitalismus geht notwendig an seinen eigenen Widersprüchen zu Grunde, was aber nicht dagegen spricht, mit ihm früher aktiv Schluss zu machen. Andere haben sich auf die Gewerkschaftsbewegung konzentriert und meinten, es bräuchte gar keine politische Organisation getrennt von diesen Arbeiterorganisationen. Wenn die Arbeiter der Träger der Revolution sind, dann muss man sie da anschubsen, wo sie sich schon sichtbar von alleine organisieren. Letztere hat Lenin in „Was tun?“ als Ökonomen bezeichnet und kritisiert. Für ihn kommt der gewerkschaftlich orientierte Arbeiter nur zur Forderung nach „mehr Lohn“, damit aber nicht zu einer prinzipiellen Gegnerschaft zum System.

Lenin hat für den Erfolg der Revolution nicht alleine auf die Spontaneität der Massen gesetzt, sondern hielt eine

⁶ Berthold Brecht, Flüchtlingsgespräche. Frankfurt a. M. 2000, S. 61f.

Kaderorganisation von Berufsrevolutionären für absolut notwendig. Er wollte nicht die Revolutionäre an das Bewusstsein der Massen anpassen, sondern die Massen auf das Niveau von Revolutionären emporheben. Weiter sagte er, dass die Klassenzugehörigkeit für die Berufsrevolutionäre gerade keine Rolle spielen soll.⁷ Weiter meint Lenin, dass die Organisation der Revolutionäre nun „das Proletariat durch harten und zähen Kampf erziehen“ solle.⁸

Was kommt dabei heraus, wenn der Gedanke zugleich der doppelte ist: Einerseits verbürgt die Arbeiterklasse qua Existenz bereits die Revolution und den Übergang in den Kommunismus. Andererseits ist aber eine Anleitung und Erziehung durch die Kommunistische Partei absolut notwendig für die Mission?

6. Die historische Mission hängt so nicht mehr nur am Proletariat, sondern eben an der Partei, welche dieses richtig anleiten soll. Die Parteiarbeit begründet sich damit nicht aus dem Interesse der Parteimitglieder, sondern ebenfalls aus der Mission: „Diese Tatsache zeugt davon, daß es unsere allererste, allerdringlichste Pflicht und Schuldigkeit ist, die Heranbildung von Revolutionären aus der Arbeiterschaft zu fördern (...).“⁹

Einerseits ist so unterstellt, dass die Masse der Arbeiter nicht die Revolution will. Das nehmen nicht nur die MLer nicht in der Weise ernst, dass sie fragen, welches falsche Bewusstsein die Arbeiter denn hätten und wie müsste man das kritisieren, damit sie vielleicht mal revolutionär würden.

Wenn die Arbeiter nicht das Erwünschte machen, dann sind sie von den falschen Leuten angeleitet worden im Sinne von verführt (bestochen durch hohe Löhne = Arbeiteraristokratie,

⁷ „Hinter dieses allgemeine Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen, von den beruflichen Unterschieden der einen wie der anderen ganz zu schweigen, völlig zurücktreten.“ Lenin, Was tun, in W.I.Lenin, „Über den Parteaufbau“, Berlin 1959, S. 41.

⁸ Ders., S. 34.

⁹ Ders., S. 59.

Sozialdemokraten, faschistische Demagogen).

Oder aber: Die Zeit ist noch nicht reif für die Revolution. Es obliegt den Berufsrevolutionären, die Geschichte und die jeweilige Lage zu studieren, um mit der wissenschaftlichen Einsicht in den Geschichtsverlauf den richtigen Moment für die Revolution abzapfen zu können.

Im durchgesetzten Sowjetstaat dagegen, wenn es nicht so klappt wie gewünscht – und dies Fehlschlagen ist aufgrund der mit geldmäßigen Kennziffern angeleiteten Wirtschaft vorprogrammiert –, sind dann folgerichtig zwei Schlüsse fällig und üblich gewesen:

Erstens gibt es noch rückständiges, kleinbürgerliches usw. Bewusstsein in der Bevölkerung. So wird dann die Bevölkerung durchaus angeklagt, um dies im zweiten Schritt ein wenig zu relativieren: Das falsche Bewusstsein konnte ja nur noch vorhanden sein, weil die Partei beim Anleiten und/oder beim Studium der Geschichtsgesetze versagt hat.

Gegen die westliche Vorstellung, dass in den realsozialistischen Ländern die Kritik verboten war, muss man festhalten, dass Kritik und Selbstkritik ein Dauerzustand waren, inbegriffen Parteisäuberungen als besondere Form. Zu kritisieren ist der für ein vernünftiges Projekt schädliche Inhalt der Kritik und Selbstkritik. Es wurde nicht versucht, den Genossen Fehler nachzuweisen und argumentativ zu streiten. Vielmehr geriet eine abweichende Meinung in den Verdacht, nicht einfach falsch, sondern relativ zur moralischen historischen Mission böse im Sinne von verräterisch zu sein.

Literaturtipps, in dem ausgeführt wird, inwiefern der Histomat die Grundlage für die Erklärung der Phänomene „Unterbindung von Diskussionen innerhalb der KP“ und „Massensäuberungen mit tödlichen Ausgang“ in der Anfangszeit der Sowjetunion ist:

Peter Decker/Karl Held, DDR kaputt – Deutschland ganz. Resultate-Verlag, 1989. Hier das Unterkapitel: „Stalin der Erfinder des Personenkults – oder: Vom Linienstreit zur blutigen Parteisäuberung“ (S. 268-279).

Ungerecht verteilt

- über die schlechte Kapitalismuskritik der Realsozialisten

„Der Wohlstand der Sowjetmenschen wird selbst bei gleichem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung größer sein als derjenigen Werktätigen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, weil das Nationaleinkommen in der Sowjetunion im Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft gerecht verteilt wird und es keine parasitären Klassen gibt, die sich in den bürgerlichen Staaten durch Plünderung von Millionen Werktätigen riesige Schätze aneignen und sie vergeuden.“ (Programm der KPdSU (1961), in: Boris Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903-1961, Köln 1962, S. 207.)

Die KPdSU will für die Werktätigen was Gutes tun und macht Werbung für ihr System durch einen Vergleich mit dem Kapitalismus. Der geht so: Wird in beiden Systemen insgesamt gleich viel Einkommen erzielt, bleibt bei den Arbeitern im Sozialismus mehr hängen, weil es die Kapitalisten und sonstige Eigentümer nicht gibt.

Damit kritisiert die KP am Kapitalismus erstmal die Verteilung des Reichtums. Zweitens bleibt sie dabei nicht einfach stehen, sondern sagt, dass diese in kapitalistischen Gesellschaften in ungerechter Weise geschieht. Beides sind schlechte Kapitalismuskritiken und es rächt sich für die Werktätigen im Sozialismus, wenn die KP ihre Konsequenzen aus diesen Kritiken zieht.

Gerechtigkeit als Kritiktitel

Etwas ungerecht finden, ist eine überall vorkommende Unzufriedenheit. Schüler finden ihre Noten ungerecht; die Entscheidungen der Eltern finden viele Kinder oft ungerecht; wenn an der Supermarktkasse die eine Reihe schneller vorankommt als die eigene, finden das manche ungerecht; den Richter findet manch

Angeklagter ungerecht und manch Lohnarbeiter findet seinen Lohn ungerecht. Dritte-Welt-Aktivisten finden die Verteilung des Reichtums zwischen Nord und Süd ungerecht und die Marxisten-Leninisten finden gleich die ganze Verteilung des Reichtums im Kapitalismus ungerecht.

Wenn die Teilnehmer an einem Essen alle soviel bekommen, dass sie satt werden, dann kommt niemand auf die Idee zu beklagen, dass es ungerecht war, dass der eine mehr als der andere bekommen hat. Gerechtigkeit wird nur dann eingefordert, wenn alle Interessen nicht einfach befriedigt werden können, sondern eine Art von Mangelverwaltung oder aber Interessensbeschneidung ansteht.

Ein Arbeiter sagt: Ich schufte genauso viel wie mein Kollege, vielleicht sogar mehr, aber der kriegt 100 Euro mehr: das ist nicht gerecht.

Seine Kritik ist nicht die, dass er für seine Bedürfnisbefriedigung zu wenig Geld hat. Dann würde er sagen, dass er z.B. den Strom nicht zahlen kann und deshalb mehr Geld braucht.

Er pocht vielmehr auf eine Gleichbehandlung und über die Verletzung dieses Gleichheitsgrundsatzes ist er unzufrieden. Sein Ausgangsinteresse mag „mehr Lohn haben wollen“ sein. Indem er aber bei der Gerechtigkeit anfängt, hat er sich vom materiellen Interesse entfernt bzw. emanzipiert. Denn jetzt ist es schon offen gelassen, ob er nicht auch dadurch zufrieden zu stellen wäre, wenn sein Kollege 100 Euro weniger hätte. Unser Arbeiter hätte materiell nichts davon, seine Unzufriedenheit aber eingelöst.

Er akzeptiert, dass er über seine Lebensverhältnisse nicht entscheidet, sondern der Kapitalist. Er weiß, dass unter diesem Regime das eigene Interesse alleine nichts zählt. Der Kapitalist (bzw. der Manager) behauptet gerne, dass die Löhne nach Leistung bezahlt würden, was objektiv nicht stimmt. Denn schließlich kommt es den Unternehmen darauf an, möglichst viel Leistung aus den Arbeitern bei möglichst geringer Bezahlung rauszubekommen. Unser Arbeiter nimmt jetzt dieses Ideal der

Lohnbildung und fordert im Namen dieses Ideal eine Korrektur ein. Objektiv wuchert der Arbeiter mit seinem Dienst an dem Unternehmen (ich schufte) und damit zu wuchern, dass man ein guter Diener ist, führt in aller Regel dazu, dass man weiter ein guter Diener bleibt und nicht dazu, dass die eigene Lage materiell verbessert wird. Er fordert nur von seinem „Herrn“, dass dieser bei seinen Entscheidungen so handeln solle, dass er alle gleich behandeln soll, dann könne er es als Arbeiter ja einsehen.

Gerechtigkeit ist das Ideal der Gleichheit. Letztere bedeutet nur, dass alle einem Prinzip unterworfen sind, auf das man selbst keinen Einfluss hat. Dass Gleichheit daher ein Herrschaftsakt ist, dem die Erfüllung der Interessen der Unterworfenen gleichgültig ist, ist das Wahre dadran. Wer im Namen der Gerechtigkeit für Korrekturen eintritt, der verwechselt Gleichheit mit einem Weg, wie doch eigentlich die eigenen Interessen zum Zuge kommen können.¹

Zurück zu den Marxisten-Leninisten (MLer)

Diese scheinen gar nicht so unterwürfig zu sein, schließlich meinen sie, dass eine gerechte Verteilung des Reichtums innerhalb des Kapitalismus gar nicht zu machen ist, sondern eine Revolution stattfinden müsse. Dennoch ist der ganze Ausgangspunkt bei ihnen gar nicht anders als bei Sozialdemokraten oder Gewerkschaftern, wenn sie die ungerechte Verteilung des Geldes im Kapitalismus beklagen.

¹ Noch ein Beispiel dieser Unterwerfungsleistung: Wenn ein Schüler seinen Lehrer kritisiert, dass die Benotung seiner Hausarbeit ungerecht sei, dann hat er erstens gegen das Benoten überhaupt gar nichts einzuwenden. Dass der Lehrer den Schülern Noten gibt, welche für das Vorankommen in der Schullaufbahn und später im Berufsleben relevant sind, anstatt dem Schüler seine Fehler in der Hausarbeit noch mal so zu erklären, dass er es kapiert, wird nicht in Frage gestellt. Dass also jemand (der Lehrer) ermächtigt ist, über das Wohl und Wehe des Schülers zu entscheiden, ist in der Kritik „ungerecht“ vollkommen akzeptiert.

Zunächst ist zu erkennen, dass sie ein besseres materielles Leben für die Lohnabhängigen haben wollen. Dabei bleibt es aber überhaupt nicht in der Weise, dass sie fragen, was dem besseren Leben im Wege steht und was man stattdessen tun sollte.

In der Klage über die ungerechte Verteilung fordern die MLer eine bessere materielle Ausstattung für die Arbeiter, weil sie es sich verdient hätten. Also steht den Arbeitern bei den MLern deswegen mehr zu, weil sie einen Dienst an einem höheren Prinzip geleistet haben, dem alle Menschen gleichermaßen unterliegen sollten. Umgekehrt heißt dies: Nur in dem Grade, wie sich jemand verdient gemacht hat, soll es ihm auch besser gehen.

Das Ideal, das die MLer ernst nehmen, ist das der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft: Erstens: Leistung würde im Kapitalismus belohnt werden, jeder ist seines Glückes Schmied durch eigene Kraftanstrengung. Zweitens: Je mehr sich der einzelne anstrengt, desto mehr haben alle davon und so wiederum der einzelne.

Objektiv stimmt das nicht: Im Kapitalismus ist es ja gerade so, dass die Verfügung über nennenswertes Eigentum dafür sorgt, dass andere sich krumm machen und man die Resultate deren Arbeit sich aneignen kann. Eigentum ist das Mittel dafür, sein eigenes Eigentum durch fremde Arbeit zu erweitern. Nichteigentümer, also Lohnabhängige, schaffen im Kapitalismus den Reichtum und werden gerade von den Resultaten der Arbeit so weit ausgeschlossen, dass sie ihr Leben lang für andere arbeiten müssen.² Weiter ist es ein Irrsinn, ausgerechnet einer auf

² Völlig unsachgemäß berufen sich die MLer dabei auf Marx. Der hat im Kapital begründet, dass die Substanz des abstrakten, also in Geld bemessenen Reichtums der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeit ist. Damit wollte er erklären, wie gerade die Arbeit als Mittel des abstrakten Reichtums dafür sorgt, dass diejenigen, welche die Arbeit ausführen müssen, also die Lohnabhängigen, eine solch schäbige Rolle im Kapitalismus einnehmen. Die MLer haben dem abgelauscht, dass die Arbeiter den Reichtum schaffen, er ihnen also auch gerechterweise zustehe. Dagegen hat Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms polemisiert.

Konkurrenz basierenden Gesellschaft die Idee unterzuschieben, es ginge in ihr um eine Arbeitsteilung, bei der sich die Mitglieder gegenseitig nach vorne brächten. Zur Konkurrenz gehören Verlierer nunmal notwendig dazu.

Das Ideal der kapitalistischen Gesellschaft kritisieren die MLer nicht und versuchen auch nicht die Arbeiter davon zu überzeugen, dass sie besser nicht daran glauben sollten. Im Gegenteil nehmen sie es furchtbar ernst und kommen zu dem folgenden Schluss:

Kapitalisten und Grundeigentümer arbeiten ja gar nicht, also haben sie gar nichts verdient. Vielmehr müsse deren Reichtum in die Hände der Arbeitenden gelangen. Das wäre gerecht.

Eine andere Verteilung als schlechte Konsequenz

Weil die MLer gar nicht vernünftig den Kapitalismus analysieren und darüber herausfinden, worin die schäbige Lage der Arbeiter ihren Grund hat, sondern sich an das Ideal dieser Gesellschaft halten, kommen sie auf eine andere Verteilung als Mittel der Wahl. An den gültigen Produktionsprinzipien, wie Tausch, Geld, Lohn und Profit haben sie so richtig gar keine Kritik. Vielmehr sagen sie, dass die Kapitalisten und Grundeigentümer das Problem sind. Denen steht erstens sowieso nichts zu und zweitens vergeuden sie ihr Geld, anstatt es für die sich eingebilddete Gemeinschaft nützlich zu verwenden.³

³ Mit der Kritik an der „Vergeudung“ kündigt sich eine weitere der Bedürfnisbefriedigung gegenüber feindliche Richtung an: Nur solche Bedürfnisse findet der MLer gerechtfertigt, die der Gesellschaft auch dienen. Entsprechend darf der Arbeiter damit rechnen, dass der Marxist-Leninist viel dafür tun wird, genau die Bedürfnisse sicherzustellen, die ausreichen, damit der Arbeiter sich weiter bei der Arbeit kräftig ins Zeug legen kann. Darüber hinausgehende Bedürfnisse sind Luxus, weil sie im Verdacht stehen, der Gesellschaft nicht nützlich zu sein.

Diesen Gedanken erklärt Stalin seinen Wirtschaftsplanern so:

„Vergeßt nicht, daß wir selber heute bestimmte Anforderungen an die Arbeiter stellen, - wir fordern von ihm Arbeitsdisziplin, angespannte Arbeit, Wettbewerb, Stoßarbeit. Vergeßt nicht, daß die ungeheure Mehrheit der Arbeiter diese Forderung der Sowjetmacht mit großer

Die Analyse lautet: Wenn Kapitalisten den Lohn und den Gewinn benutzen, dann heimsen sie alles ein und den Arbeitern bleibt wenig. Die Lösung lautet entsprechend: Wenn wir als kommunistische Partei an die Macht kommen, dann brechen wir die Macht der Großeigentümer und setzen den Gewinn und den Lohn zugunsten der Arbeiter ein. Das hört sich nach Staatskapitalismus an, im Resultat ist aber weder Kapitalismus noch eine vernünftige Planung herausgekommen, was ein anderes Thema ist.

Hier soll aber nochmal auf den Grundfehler in der Kapitalismuskritik der MLer eingegangen werden: Die Arbeiter haben im Kapitalismus nicht deshalb einen dauerhaften armen und prekären Stand, weil die Kapitalisten den produzierten Reichtum als Schampus in ihre Pools schütten würden. Klar fällt das Leben für diese üppiger und materiell gesehen sorgenfreier aus, aber der ungeheure Reichtum, den die Arbeiter erhalten und schaffen müssen, schlägt sich am wenigsten in Form von Privatausgaben von Managern und Aktienbesitzern nieder. Wenn Bill Gates als reichster Mann der Erde ein paar Milliarden Dollar besitzt, dann darf man sich das nicht so vorstellen, dass er die als Geldscheine irgendwo liegen hat, man sie ihm also wegnehmen könnte und dann verteilen kann. Der größte Teil seines Privatvermögens liegt

Begeisterung aufgenommen hat und heroisch erfüllt. Wundert euch daher nicht, wenn die Arbeiter, die die Forderungen der Sowjetmacht erfüllen, ihrerseits von ihr die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter fordern werden.“ (Stalin, Neue Verhältnisse – neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus, Rede auf der Beratung der Wirtschaftler am 23.05.1931, in J. Stalin, Fragen des Leninismus. Berlin 1951, S. 408.)

Die Partei der Arbeit, die von sich behauptet, die Interessen der Arbeiter zu verwirklichen, stellt die Interessen der Arbeit der Gesellschaft gegenüber und macht einen gerechten Tauschhandel auf: Insofern die Arbeiter sich für die Gesellschaft aufopfern, ist die Gesellschaft (hier der Staat geleitet von der Partei) verpflichtet, auch was für die Arbeiter zu tun. Umgekehrt steckt darin: Sieht die Partei Interessen und Bedürfnisse, die nicht für die Gesellschaft nützlich sind, dann braucht man für die auch nichts tun.

vor als Besitzanteile an Microsoft und anderen Unternehmen. Einzelne mögen ihre Anteile mal verkaufen und durchbringen, für alle „Reichen“ insgesamt gilt aber, dass sie das gar nicht könnten und dürften, denn dann hätten sie bald keinen Reichtum mehr. Das kann man übrigens derzeit gut an der Finanzkrise sehen: Wo alle versuchen ihre Aktien zu verkaufen, fallen die Aktien und der zuvor üppig vorhandene Reichtum löst sich in Nichts auf. Der Profit als systembestimmendes Kriterium verlangt, dass er wieder investiert wird. Nur so fällt nebenbei für die „Reichen“ ein materiell gutes Leben ab. Der Zweck der Produktion, die Unterordnung aller Gebrauchswertproduktion und damit Bedürfnisbefriedigung unter das Geldverdienen, ist der Grund für die relative Armut der Arbeiter und für den anhängigen Arbeitsstress – nicht die Verteilung.

